

Dresdener Kirchengemeinden mit 50 Mahnwachen für Mitmenschlichkeit

Dresden, 20.02.2011/APD Mit mehr als 50 Mahnwachen haben in Dresden Kirchengemeinden am Samstag, 19. Februar, ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Beteiligt waren die evangelisch-lutherische und katholische Kirche sowie mehrere Freikirchen, darunter Adventisten, Baptisten, Mennoniten, Methodisten und die Herrnhuter Brüdergemeine. Unter dem Motto „Raum für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe – Mahnen und beten für unsere Stadt“ sollten die Mahnwachen ein Bekenntnis gegen mehrere Aufmärsche rechtsextremer Organisationen sein, die für den Tag angekündigt waren.

„Wir haben heute Demonstrationen in der Stadt mit einer Ideologie, die schon einmal Schreckliches bewirkt hat“, erklärte Michael Vierus an der Mahnwache vor der adventistischen Gemeinde (Adventgemeinde) in Dresden-Striesen. Christen stünden in der Verantwortung, zu beten und Gesicht zu zeigen. „Auch unsere Gemeinde hat ihre Geschichte und vor 75 Jahren zu lange hinter Fenstern gesessen, als draußen die Häuser brannten“, gab Vierus zu bedenken. Der Schaukasten der Gemeinde zeigte ein Luftbild von dem im Zweiten Weltkrieg völlig zerstörten Dresden, dazu die Bitte des Vaterunsers: „Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.“ Unter dem Bild war eine weiße Rose angebracht. Sie gilt als Symbol für ein verantwortliches Erinnern in Toleranz und Versöhnungsbereitschaft.

Die Stadtverwaltung hatte die Einwohner Dresdens aufgerufen, die Mahnwachen der Kirchen zu besuchen. Passanten waren eingeladen, eine Erklärung gegen Fremdenhass zu unterzeichnen. Vor der wiederaufgebauten Synagoge bildeten Stadtratsfraktionen eine Mahnwache, um möglichen Übergriffen

Rechtsextremer entgegentreten und die Verankerung der jüdischen Gemeinde in der Gesellschaft zu veranschaulichen.

Die Erinnerung an die Zerstörung der Stadt ist im Bewusstsein der Dresdener Bevölkerung außergewöhnlich präsent. Regelmäßig versuchen deshalb Rechtsextreme den Jahrestag der Zerstörung am 13. Februar zu Aufmärschen und zur Propaganda zu nutzen. Weil im Vorjahr deren Demonstration durch blockierende Gegendemonstranten verhindert wurde, kündigten rechtsextreme Organisationen für 2011 nicht nur für den Jahrestag, sondern auch für den 19. Februar Kundgebungen an. Die Stadt Dresden war gerichtlich gescheitert, die rechtsextremen Aufmärsche einzuschränken. Stattdessen wurden die Behörden richterlich beauftragt, Behinderungen durch Gegendemonstrationen zu unterbinden. Kunstschafter, Politiker und zivilgesellschaftliche Akteure hatten dennoch aufgefordert, die rechtsextremen Aufmärsche zu blockieren. Rund 20.000 Gegendemonstranten aus dem bürgerlichen und linkspolitischen Spektrum gelang es trotz eines massiven Polizeiaufgebots, einen Marsch der Rechtsradikalen durch die Stadt zu verhindern. Während Tausende friedlich demonstrierten, kam es am Rande der Proteste zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linken Autonomen und der Polizei.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!